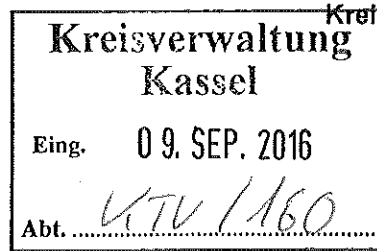


Herrn
Kreistagsvorsitzenden
Andreas Güttler
Wilhelmshöher Allee 19 – 21

34117 Kassel



Dr. Christian Knoche
Markt 4
34369 Hofgeismar
Telefon: 05671 - 5541
Telefax: 05671 -40278

Hofgeismar, den 09.09.2016

Vorab per Telefax: 0561- 1003 – 1530

Geänderter Antrag zur Kreistagssitzung am 12.09.2016

TOP 13

Position des Landkreises Kassel zu den
Freihandelsabkommen CETA; TTIP und TiSA

Geänderter Beschlußvorschlag:

1. Der Kreistag des Landkreises Kassel spricht sich dafür aus, dass die kommunale Daseinsvorsorge im Landkreis Kassel, insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche Abfall, ÖPNV, Jugend- und Freizeiteinrichtungen, Kreiskliniken, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im kulturellen Bereich von den derzeit verhandelten Freihandelsabkommen und allen weiteren Handelsabkommen explizit ausgeschlossen werden und dass das verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltungsrecht des Landkreises Kassel uneingeschränkt gewahrt bleibt.
2. Der politische Gestaltungswille darf hinsichtlich des öffentlich-rechtlichen Beschaffungswesens nicht stärker eingeschränkt werden, als es nationale Regelungen und das europäische Vergabe- und Konzessionsrecht bereits heute vorsehen.

~~Wegen der Intransparenz der bisherigen Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen fordert der Kreistag des Landkreises Kassel einen vollständigen öffentlichen Einblick in alle Verhandlungsdokumente sowie die Einbeziehung von allen Abgeordneten aller politischen Ebenen und der kommunalen Spitzenverbände in die Verhandlungen über TTIP, CETA und TiSA.~~

3. Sonderklagerechte für Unternehmen gegen demokratisch zustande gekommene Gesetze sowie gegen kommunale Regelungen und Beschlüsse des Kreistages, die vor privaten Schiedsgerichten oder speziellen Investitionsgerichtshöfen verhandelt werden, lehnt der Kreistag mit Nachdruck ab. Ebenso wenig darf die sog. „Lock-In bzw. Ratchet-Klausel“, die eine Rekommunalisierung liberalisierter Dienstleistungsbereiche entweder verbietet oder nur noch unter Zahlung von hohen Schadensersatzsummen ermöglicht, Bestandteil der Abkommen werden. Rekommunalisierungen müssen weiterhin uneingeschränkt möglich sein.
4. Der Kreistag fordert die Bundesregierung sowie sämtliche politische Vertreter/innen auf Landes und Bundesebene auf, sich in Berlin und Brüssel für einen Abbruch der Verhandlungen über die Abkommen TTIP, CETA und TiSA und für ein alternatives Verhandlungsmandat der Kommission in der Handelspolitik einzusetzen. [Anm.: Ziffer 4 entspricht dem Antrag B'90 / DIE GRÜNEN zu TOP 14].
5. Der Kreistagsbeschluss wird der Bundesregierung, allen Fraktionen des Deutschen Bundestages und des Hess. Landtages sowie den hessischen kommunalen Spitzenverbänden zur Stellungnahme und mit der Bitte um Beachtung zugeleitet.

Begründung:

Nach dem Scheitern globaler Liberalisierungsbestrebungen innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) verhandelt die Europäische Union derzeit eine neue Generation von Freihandelsabkommen:

- Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen der EU und den USA.
- Europäisch-kanadische Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA).
- Multilaterale Trade in Services Agreement (TiSA) zwischen der EU, den USA und der WTO.

Die in geheimen Verhandlungen befindlichen Freihandelsabkommen TTIP und TiSA und das geheim verhandelte und zur Ratifizierung vorliegende Freihandelsabkommen CETA bergen überaus große Risiken für Dienstleistungen der öffentlich-rechtlichen Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Eigenbetriebe erbracht werden. Die Abkommen würden auch den Landkreis Kassel massiv betreffen. Ob Krankenhäuser, Sparkasse, die Vergabe öffentlicher Aufträge bei der Müllentsorgung, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Gas- und Stromversorgung, Museen, Theater und andere Kultureinrichtungen: Durch CETA, TTIP und TiSA droht auf all diesen Gebieten eine schwerwiegende Einschränkung der demokratischen Handlungsautonomie und Gestaltungsmöglichkeiten sowie eine Absenkung von Standards im Sozialbereich, bei ArbeiternehmerInnenrechten, aber auch beim Gesundheits-, Verbraucher – und Datenschutz sowie bei den Umwelt- und Lebensmittelstandards.

Der bisherige Prozess der Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen ist in höchstem Maße intransparent und ignoriert die Rechte der demokratisch gewählten Parlamentarier auf europäischer, nationaler und Landesebene sowie der Kommunen. Nicht einmal die EU-Abgeordneten haben uneingeschränkt Zugang zu allen Dokumenten. Obwohl Städte, Landkreise und Gemeinden direkt betroffen sind, werden die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemeindetag sowie Landkreistag) bis heute nicht in die Verhandlungen eingebunden. Dies widerspricht allen demokratischen Gepflogenheiten und Regeln.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich in den Beratungen.

Dr. Christian Knoche
Kreistagsfraktion

DIE LINKE.